Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1520. Girokasse: Riesa Nr. 30.

№ 176. Sonnabend, 30. Juli 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (5 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Abkehr von Locarno.

eu. Es ist eine alte Tatsache, daß man in der Politik nicht nur mit Menschen und Tatsachen zu rechnen hat, sondern daß auch Stimmungen eine gewichtige Rolle spielen können, die nicht zu kontrollieren sind, aber doch von jedem Staatsmann berücksichtigt werden müssen. Wir haben im Laufe der letzten neun Jahre ein ewiges Hin und Her, ein Auf und Ab beobachten können. Wir haben erlebt, wie der Haß, der nach dem Krieg und dem Frieden von Versailles, der kein Frieden war, wie eine Giftgas-Schicht über der Erde lagerte, langsam und allmählich einem allgemeinen Verständigungswillen Platz zu machen begann. Von Versailles hat ein langer, aber doch geraber Weg nach Locarno und Thoiry geführt, und wir alle haben gehofft, daß am Ende dieses Weges die Rheinlandräumung und damit die endliche Befriedung Europas liegen würde. Heute müssen wir erkennen, daß es ein Irrtum war. Wir dürfen uns der Ansicht nicht länger verschließen, daß der Weg der Verständigungspolitik plötzlich ein Ende gefunden hat, ohne daß wir ans Ziel gelangt sind.

Schon längst war der Umschwung, der sich in der öffentlichen Meinung Frankreichs vollzogen hat, offenkundig. Schon seit einem halben Jahr konnte kein Zweifel mehr daran bestehen, daß Poincaré wieder stärkeren Einfluß auf die französische Außenpolitik ausübte und daß damit alles, was Stresemann und Briand gemeinsam erstrebt hatten, wieder in Frage gestellt war. Jetzt aber zeigt es sich, daß keineswegs nur in Frankreich die Verständigungspolitik ad acta gelegt worden ist. Der Konflikt mit Belgien, die ständige Drohung Vanderveldes, die Kontrollkommission des Völkerbundes gegen Deutschland mobil zu machen, haben deutlich gezeigt, wohin die Reise gehen soll.

Wem dies aber noch nicht klar geworden sein sollte, dem dürfte die letzte Unterhausdebatte in London endlich die Augen geöffnet haben. Schon vor einiger Zeit hat es bei uns Befremden erregt, daß Chamberlain ohne jeden ersichtlichen Grund heftige Angriffe gegen Deutschland richtete, obwohl er es damals doch für nötig hielt, durch seinen Unterstaatssekretär sofort Oel auf die Wogen der Erregung gießen zu lassen. Jetzt hat nun dieser selbe Staatssekretär Locker Lampson auf eine Anfrage erklärt, Deutschland habe die ihm auferlegten Abrüstungsbedingungen noch nicht völlig erfüllt, und solange könne von einer Räumung des besetzten Gebietes natürlich gar keine Rede sein. Man wird deutscherseits abwarten, bis der genaue Wortlaut seiner Rede vorliegt, was bisher noch nicht der Fall ist. Schon heute aber besteht in allen politischen Kreisen die Ueberzeugung, daß es sich hier um keine Stegreif-Anfrage und eine improvisierte, in der Eile vielleicht nicht glücklich formulierte Entgegnung handelt, sondern um ein ganz planmäßig verabredetes Frage- und Antwortspiel, durch das die englische Regierung Gelegenheit erhalten sollte, ihre veränderte Stellungnahme zu diesem Problem bekanntzugeben.

Selbstverständlich ist der englische Standpunkt für Deutschland gänzlich undiskutabel. Es ist unzutreffend, wenn Locker Lampson erklärt, alle Streitpunkte wären noch nicht erledigt, da das gerade Gegenteil richtig ist. Die Befestigungen an den Ostfestungen sind zerstört, das Kriegsgerätegesetz ist vom Reichstag verabschiedet. Was nun noch aussteht, sind Abmontierungen, die ganz planmäßig nach einem mit der Botschafterkonferenz vereinbarten Terminkalender erledigt werden. Auch England wird im Ernst kaum behaupten wollen, daß es unbedingt nötig sei, das Rheinland noch vier Jahre besetzt zu halten, weil ein paar Geschütze in Swinemünde noch fahrbare Untergestelle haben oder eine Kaserne noch nicht zu einem Wohnhaus umgebaut ist. England, Frankreich und Belgien wissen ganz genau, daß wir restlos entwaffnet sind, denn wenn sie davon nicht überzeugt wären, würden sie sich hüten, eine derartige Politik gegen uns zu treiben.

Immer wieder „Restpunkte" bei der Abrüstung.

vbz. Berlin. Im englischen Parlament hat am Donnerstag der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Lampson auf eine offenbar von der Regierung selbst gestellte Anfrage über den Stand der deutschen Abrüstung und die Aussichten der Räumung des besetzten Gebietes eine Antwort erteilt, die für Deutschland nicht gerade erfreulich gelungen hat. An zuständiger deutscher Stelle ist man vorläufig noch sehr zurückhaltend und begnügt sich mit der Erklärung, daß die Wiedergabe der Aeußerungen Lampsons wohl in dem kurzen Reuteraussag nur ungenau und mißverständlich sei. In der Antwort der englischen Regierung heißt es u. a., daß nicht nur die Schleifung der Befestigungen an der Ostgrenze, sondern auch gewisse andere Punkte in der Abrüstung Deutschlands noch offenständen. Demgegenüber muß doch darauf hingewiesen werden, daß in dem Genfer Protokoll vom Dezember 1926, das die Abberufung der Interalliierten Militärkontrollkommission aussprach, die Abrüstung Deutschlands als beendet angesehen wurde.

In dem Protokoll wird nämlich ausdrücklich festgestellt, daß im Verlauf einer Besprechung am 12. Dezember über die nach Ansicht der Militär-Kontrollkommission und der Botschafter-Konferenz noch in der Schwebe befindlichen Fragen mit Genugtuung festgestellt worden sei, daß der größte Teil der mehr als 100 Fragen, die im Sommer noch strittig gewesen waren, durch Verständigung beseitigt worden seien. Nur zwei Fragen standen damals noch aus: die Ostbefestigungen und das Kriegsgeräte-Gesetz. Nachdem auch diese beiden Streitfragen beseitigt sind, gibt es überhaupt keine strittigen Punkte mehr.

Es handelt sich heute nur noch um die in beiderseitigem Einvernehmen festgestellte zeitgemäßen Abwicklung einiger Punkte, die aus zeitlichen Gründen nicht so schnell erledigt werden konnten. Da ist zunächst einmal der feste Einbau von etwa 15 Küstengeschützen, die bisher noch fahrbare Lafetten hatten, ferner die Polizeigesetze, die aber von den größeren deutschen Ländern inzwischen auch bereits angenommen sind, und schließlich die Verwertung der militärischen Gebäude, namentlich die Frage der Kasernen im Rheinland. Für die Erledigung dieser Einzelheiten ist, wie wir hören, Deutschland eine Frist von fünf Jahren gestellt worden. Die restlose Erfüllung der letzten Forderungen der Entente kann sich also noch mehr als vier Jahre hinziehen.

Drohender Zusammenbruch der Seeabrüstungskonferenz.

* Genf. (Telunion.) In maßgebenden Kreisen der Abrüstungskonferenz wird gestern abend allgemein mit der Möglichkeit eines Abbruches der Konferenz am Montag gerechnet. Die Entscheidung liegt gegenwärtig ausschließlich bei der Washingtoner Regierung. Die japanische Delegation lehnt nach ihrer gestrigen Erklärung in der Führerbesprechung jeden offiziellen Vermittlungsversuch zwischen der englischen und amerikanischen Delegation ab; persönliche Vermittlungsversuche einzelner japanischer Delegierter zur Herbeiführung eines Kompromisses zwischen England und Amerika sind ohne Resultat verlaufen. Gegenüber dem Haupteinwand der amerikanischen Delegation, der dahin geht, daß die neuen englischen Abrüstungsvorschläge nur geringfügige Abweichungen gegenüber den früheren aufweisen, wird von englischer Seite mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Amerikaner bisher ihr eigenes Abrüstungsprogramm gar nicht bekannt gegeben haben; die Delegation hätte sich bisher darauf beschränkt, weitgehende Kritik an den englischen Vorschlägen zu üben. Die Aussichten für eine Einigung zwischen England und Amerika müssen als äußerst gering angesehen werden, falls nicht die angeforderten Instruktionen aus Washington den Weg für neue Verhandlungen bahnen, womit jedoch von amerikanischer Seite heute nicht gerechnet wird. Hinter den Kulissen der Konferenz wird bereits nach einer Formel gesucht, die einen formellen Abbruch der Konferenz verschleiern soll. Im Falle einer kategorischen Ablehnung der englischen Vorschläge durch die amerikanische Regierung soll, wie verlautet, eine Vertagung der Konferenz auf sechs Monate in Erwägung gezogen werden.

Japan rechnet mit dem Abbruch.

* Riga. (Telunion.) Wie aus Tokio gemeldet wird, wird dort mit einem Abbruch der Genfer Konferenz am Dienstag gerechnet. Am Mittwoch werde die japanische Delegation nach Tokio abreisen. Die Genfer Konferenz habe, wie die japanische Presse schreibt, das Gegenteil davon ergeben, was von ihr erwartet worden sei. Statt dem Frieden zu dienen, habe sie den Krieg und die Rüstungen gefördert.

Amerika und die Genfer Seeabrüstungskonferenz.

)(London. Nach einer Reutermeldung aus Newyork kommt in den Leitartikeln der gestrigen Zeitungen im Gegensatz zu den pessimistisch gehaltenen Artikeln der letzten Tage die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Lage in Genf noch gerettet werden kann. Allgemein wird die Ansicht geäußert, daß die Lösung in einem beiderseitigen weitergehenden Entgegenkommen liege, als es von beiden Ländern bereits an den Tag gelegt worden sei.

So schreibt **Newyork Times**, es bestehe ein starker Wunsch, daß die weitere Beratung in Genf dem Grundsatz Geltung verschaffen möge, daß an bestimmten Ziffern nicht so viel gelegen sei, solange alle Klassen der Seestreitkräfte begrenzt sind, und daß die Vereinigten Staaten und England ihre Sonderinteressen am besten fördern würden, wenn sie sich zu verständigen suchen und gemeinsam an der ihnen von der Vorsehung zugewiesenen Aufgabe arbeiten. **Newyork World** ist der Ansicht, daß die Meinungsverschiedenheiten der beiden Nationen zum großen Teil einer wirklichen Grundlage entbehrten. Das Blatt empfiehlt dem Präsidenten Coolidge, die Gelegenheit zu ergreifen, die der Besuch des Premierministers Baldwin biete, um durch persönliche, private Fühlungnahme eine Verständigung zu suchen. Sowohl Coolidge wie Baldwin hätten die stärksten Gründe, die Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen nicht nutzlos hinzunehmen, als ob das letzte Wort bereits gesprochen sei.

Die Londoner Kabinettssitzung über Genf.

* Berlin. (Telunion.) Nach dem diplomatischen Korrespondenten des Daily Telegraf hat sich, wie aus London gemeldet wird, die Kabinettssitzung mit den äußerst pessimistisch gehaltenen Berichten der englischen Delegation aus Genf beschäftigt. Die englische Delegation habe der Regierung mitgeteilt, daß sich die **Atmosphäre für eine Verständigung mit Genf seit dem Abbruch der Verhandlungen in der vorigen Woche verschlechtert habe.**

Nationalkongreß des Allgemeinen Arbeiterverbandes.

)(Paris, 29. Juli. In der heutigen Sitzung des Nationalkongresses des Allgemeinen Arbeiterverbandes berichtete der **deutsche Delegierte Leipart** über den Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Er erwähnte die Fortschritte auf dem Gebiet der Erziehung der Arbeiterjugend und schilderte den Einfluß der Gewerkschaften auf die soziale Bewegung und die Wirtschaftslage. Leipart betonte, daß die große Masse der Arbeiter in Deutschland wie in Frankreich nichts von einem Kriege wissen wolle.

Lärmszenen im Wiener Gemeinderat.

)(Wien, 29. Juli. Der Gemeinderat hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, in der zunächst einige kleinere Vorlagen erledigt wurden. Als in später Abendstunde Stadtrat Richter das Rednerpult betrat, um über die Vorlage betreffend das Statut der neugegründeten Gemeindewache zu referieren, setzte bei den Christlich-Sozialen und den Großdeutschen heftiger Lärm ein. Das Referat Richters ging in dem Lärm vollständig unter. Hierauf ergriff Gemeinderat Kunschak das Wort und erhob gegen den Bürgermeister den Vorwurf, daß er das Versprechen, die Gemeindewache werde nur für die Tage der Gefahr errichtet, nicht gehalten habe, oder vielmehr daß ihn der Gemeinderat durch diese Vorlage daran gehindert habe, sein Wort zu halten. Der Redner betonte sodann, daß die Gemeindewache jetzt, nachdem volle Ruhe eingetreten sei, keinen Zweck mehr habe. Während der Rede des Gemeinderats Kunschak wurden seitens der Christlich-Sozialen und Großdeutschen mehrfach heftige und lärmende Zwischenrufe gegen den Bürgermeister und die sozialdemokratische Mehrheit laut.

•

Annahme der Gemeindeschutzwache im Wiener Gemeinderat.

)(Wien. Am Schluß der Nachtsitzung des Gemeinderates wurde die Vorlage über die Aufstellung einer Gemeindeschutzwache unter dem Protest der Minderheit angenommen.

Internationale Kirchentagung in Konstanz.

)(Konstanz, 29. Juli. Unter Beteiligung bekannter kirchlicher Führer des In- und Auslandes trat hier unter dem Vorsitz des Dean of Worcester der **Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen**, der sich die Mitarbeit der Kirchen an dem Werk der Völkerverständigung zur Aufgabe gestellt hat, zu einer Tagung seines Arbeitsausschusses zusammen. Von den 29 Landesgruppen des Weltbundes, darunter auch von Deutschland, wurden Arbeitsberichte vorgelegt. Die Tagung wurde eingeleitet durch eine Huß-Gedenkfeier mit Reden von Universitätsprofessor Zilka-Prag und Generalsuperintendent Kalweit-Danzig. In einer von Professor D. Siegmund Schultze-Berlin geleiteten öffentlichen Abendversammlung begrüßten Oberbürgermeister Moerike-Konstanz und der badische Kirchenpräsident D. Wurth-Konstanz die ausländischen Kirchenführer, von denen Sir Willough Dickinson-London, der altkatholische Bischof Kuery-Bern, Professor Alivisatos-Athen, Pastor Jezequel-Paris und Professor Lu-Peking im Namen des Weltbundes antworteten.

Der deutsche Ozeanflug.

eu. Die Umbauarbeiten an dem für den Luft-Hansa-Piloten Koennecke bei den Caspar-Werken A.-G. in Travemünde in Auftrag gegebenen Land-Flugzeug für den Transatlantikflug sind soweit fortgeschritten, daß mit Aufnahme der letzten Probeflüge am 10. August zu rechnen ist. Voraussetzung hierfür ist, daß der bei Junkers bestellte Spezialmotor der Type B 5, welcher eine Spitzenleistung von zirka 350 PS haben wird, Anfang August, wie zugesagt, angeliefert wird. Wie bekannt, sind die Flüge von dem Umbau mit einem 230 PS BMW 4 Motor durchgeführt worden, wobei Geschwindigkeiten, Betriebsstoffverbrauch und Belastungen sehr sorgfältig geprüft wurden. Auf Grund der systematisch durchgeführten Probeflüge kann eine Gesamtflugstrecke von mindestens 7500 Kilometern zurückgelegt werden, wobei außer der Besatzung von zwei Mann die Funkausrüstung der Firma Telefunken und die sonstige Ausrüstung — Navigationsgerät, Raketen, Verpflegung usw. — mitgenommen werden. Die endgültige Flugstrecke liegt noch nicht fest und wird wahrscheinlich erst kurz vor dem Start entsprechend der meteorologischen Lage entschieden werden. Auch ist es möglich, daß das Flugzeug während des Fluges auf Grund der ihm durch Funkspruch übermittelten Wetternachrichten seine Route ändert. Auch die übrigen Vorbereitungen, insbesondere Sicherung der drahtlosen Verbindung und Sicherung schneller Wetternachrichten, sind im Gange. Voraussichtlich wird die deutsche Funkstation die Verbindung mit dem Flugzeug bis zur Mitte des Atlantic aufrecht erhalten, um dann einer großen amerikanischen Funkstation die weitere Verbindung zu überlassen. Auch wird während des Fluges ein ständiger Funkverkehr mit den Dampfern auf der Strecke stattfinden.